

EUROPÄISCHES PARLAMENT



*Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
Unterausschuss Menschenrechte
Entwicklungsausschuss*

3.9.2008

MITTEILUNG AN DIE MITGLIEDER

Betrifft: SACHAROW-PREIS FÜR GEISTIGE FREIHEIT 2008

Beiliegend erhalten die Mitglieder eine alphabetische Liste der Kandidaten für den Sacharow-Preis für geistige Freiheit 2008 einschließlich der beim Sekretariat eingegangenen Begründungen für die Nominierung und der Biografien der Kandidaten, die gemäß der Satzung für den Sacharow-Preis von mindestens 40 Mitgliedern des Europäischen Parlaments oder einer Fraktion nominiert wurden.

GENERALDIREKTION
EXTERNE POLITIKBEREICHE

CM\740674DE

PE412.082.v03.00

DE

SACHAROW-PREIS FÜR GEISTIGE FREIHEIT 2008

Von den Fraktionen und einzelnen Abgeordneten vorgeschlagene Kandidaten

in alphabetischer Reihenfolge

Kandidat/in	Tätigkeit	Nominiert von
Ingrid Betancourt	Ehemalige kolumbianische Präsidentschaftskandidatin und politische Gefangene, die sich 2321 Tage in Gefangenschaft befand	Nominiert von Martin Schulz im Namen der Sozialdemokratischen Fraktion (SPE)
Seine Heiligkeit der 14. Dalai Lama	Geistiges Oberhaupt, Menschenrechtsaktivist in Tibet und führender Verfechter des interkulturellen Dialogs	Nominiert von Cristiana Muscardini im Namen der Fraktion Union für das Europa der Nationen (UEN) sowie von Pia-Noora Kauppi, Aloyzas Sakalas und 39 weiteren Mitgliedern
Europäisches Zentrum für die Rechte der Roma (ERRC)	NRO, die sich für den Schutz der Menschenrechte der Roma einsetzt	Nominiert von Vittorio Agnoletto im Namen der Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)
Hu Jia im Namen der unterdrückten Stimmen in China und Tibet	Inhaftierter chinesischer Menschenrechtsaktivist, engagiert sich für AIDS-Aufklärung und Umweltfragen	Nominiert von Graham Watson im Namen der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE), Monica Frassoni und Daniel Cohn-Bendit im Namen der Fraktion Verts/ALE sowie von 55 weiteren Mitgliedern
Alexander Kosulin	Politischer Gefangener und Leiter einer Bürgerinitiative für Freiheit in Belarus	Nominiert von Jacek Protasiewicz, Jan Marinus Wiersma und 44 weiteren Mitgliedern
Abbé Apollinaire Malu Malu	Vorsitzender der Unabhängigen Wahlkommission der Demokratischen Republik Kongo, steht an der Spitze der Bemühungen um eine friedliche Beendigung der Konflikte auf der Grundlage der Achtung aller Minderheitenrechte	Nominiert von Luisa Morgantini, Alain Hutchinson, Jürgen Schröder, Johan van Hecke und 44 weiteren Mitgliedern
Michail Trepaschkin	Prominenter Dissident und Menschenrechtsaktivist in Russland	Nominiert von Gerard Batten im Namen der Fraktion Unabhängigkeit und Demokratie
Morgan Tsvangirai	Führer der MDC (demokratische Opposition in Simbabwe), wird als Verteidiger von Demokratie und Menschenrechten häufig angegriffen und inhaftiert	Nominiert von Luís Queiró und 96 weiteren Mitgliedern

Ingrid Betancourt

Nominiert von Martin Schulz im Namen der Sozialdemokratischen Fraktion



Ingrid Betancourt Pulecio (geboren am 25. Dezember 1961) ist eine kolumbianisch-französische Politikerin und ehemalige Senatorin, die sich für die Korruptionsbekämpfung engagiert. Sie wurde am 23. Februar 2002 von den Revolutionären Streitkräften Kolumbiens (FARC) entführt und sechseinhalb Jahre später, am 2. Juli 2008, von kolumbianischen Sicherheitskräften im Zuge der „Operation Schach“ zusammen mit 14 weiteren Geiseln befreit.

Sie befand sich insgesamt 2321 Tage in Haft, nachdem sie während des kolumbianischen Präsidentschaftswahlkampfes gefangen genommen worden war. Trotz Warnungen hatte sie sich für Wahlkampfauftritte in eine stark von Guerilleros frequentierte Region begeben. Das Martyrium ihrer politischen Gefangenschaft hatte internationale Aufmerksamkeit erregt und ihr weltweite Bewunderung eingebracht.

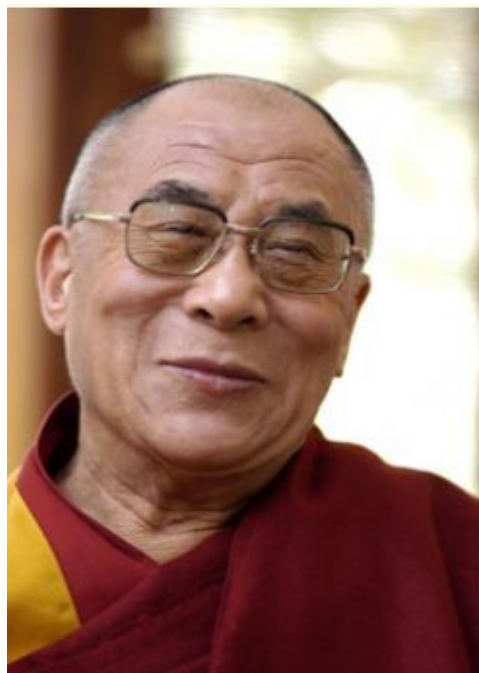
Während ihrer Amtszeit im kolumbianischen Repräsentantenhaus kritisierte sie die Regierung von Präsident Ernesto Samper, der im Zuge des „Prozess 8000“-Skandals wegen Korruption angeklagt wurde, nachdem er für seinen Wahlkampf Gelder des Cali-Drogenkartells entgegengenommen hatte.

Ingrid Betancourt begann ihren Präsidentschaftswahlkampf am 20. Mai 2001. Am 23. Februar 2002 wurde sie während ihrer Wahlkampftour in der Stadt San Vicente del Caguán entführt, als sie sich für ein Treffen mit der FARC in die entmilitarisierte Zone begeben hatte.

Frau Betancourt hat sich immer wieder zum Terrorismus geäußert und seinen Kräften wie auch den verheerenden Folgen für einfache, unschuldige Menschen in Kolumbien und auf der ganzen Welt Paroli geboten. Die Art und Weise, in der sie seit ihrer Freilassung ihren Kampf fortgeführt und sich mit Gefangenen solidarisch gezeigt hat, machen sie zu einer würdigen Kandidatin für den Sacharow-Preis 2008 des Europäischen Parlaments.

Seine Heiligkeit der 14. Dalai Lama

Seine Heiligkeit der 14. Dalai Lama, Tenzin Gyatso, wurde am 6. Juli 1935 in Taktser (Provinz Amdo) im Nordosten Tibets geboren. Im Alter von zwei Jahren wurde er als Reinkarnation des 13. Dalai Lama, Thubten Gyatso, erkannt. Mit sechs Jahren begann er seine Ausbildung zum Mönch, in deren Rahmen er in Logik, tibetanischer Kunst und Kultur, Sanskrit, Medizin und buddhistischer Philosophie unterrichtet wurde. Während des Gebetsfestes Monlam im Jahr 1959 bestand er im Alter von 23 Jahren im Jokhang-Tempel in Lhasa seine Abschlussprüfung mit Auszeichnung, erhielt den Rang eines Gesche Lharampa und ist somit Träger des höchsten, einem Doktor der buddhistischen Philosophie entsprechenden Titels. 1950 appellierte man nach der chinesischen Invasion in Tibet (1949) an Seine Heiligkeit, die vollständige politische Macht zu übernehmen. 1954 reiste er für Friedensgespräche mit Mao Zedong und anderen chinesischen Führungskräften – darunter Deng Xiaoping und Chou Enlai – nach Peking. Nach der gewaltsamen Unterdrückung des tibetischen Aufstands in Lhasa durch chinesische Truppen war er 1959 schließlich gezwungen, ins Exil zu gehen. Seitdem lebt er im nordindischen Dharamsala, wo sich der Sitz der tibetischen Exilregierung befindet.



1963 legte Seine Heiligkeit den Entwurf für eine demokratische Verfassung Tibets vor, wenig später dann die „Charta der Exiltibeter“. In seiner Rede vor den Mitgliedern des US-Kongresses in Washington, D.C. vom 21. September 1987 präsentierte er einen Fünf-Punkte-Friedensplan für Tibet. Seinen Vorstellungen entsprechend sollte Tibet zu einer Zufluchtsstätte, einem Gebiet des Friedens im Herzen Asiens werden, wo alle fühlenden Wesen in Harmonie leben können und die gefährdete Umwelt geschützt werden kann. In seiner Rede vor den Mitgliedern des Europäischen Parlaments vom 15. Juni 1988 in Straßburg ging es um einen weiteren detaillierten Vorschlag zum letzten Punkt des Fünf-Punkte-Friedensplans. Er regte Gespräche zwischen China und Tibet an, die zu einer sich selbst verwaltenden demokratischen politischen Einheit aller drei tibetischen Provinzen führen sollten. 1992 veröffentlichte er Leitlinien für die Gründung eines freien Tibet und kündigte an, dass, sobald Tibet frei ist, sofort eine Interimsregierung gebildet werden müsse, die zuallererst eine verfassungsgebende Versammlung wählt, damit eine demokratische Verfassung Tibets ausgearbeitet und angenommen werden kann.

Auch wenn er sich selbst als einfachen buddhistischen Mönch bezeichnet, hat er Außergewöhnliches erreicht. 1989 erhielt er für seinen gewaltfreien Kampf für die Befreiung Tibets den Friedensnobelpreis. Seine Heiligkeit hat mehr als 62 Länder auf sechs Kontinenten bereist. Er hat mehr als 72 Bücher geschrieben und seit 1959 als Anerkennung für seine Botschaft des Friedens, der Gewaltfreiheit, der Religionen übergreifenden Verständigung, der universalen Verantwortung und des Mitgefühls füreinander mehr als 84 Auszeichnungen erhalten, darunter Ehrendoktorwürden, Preise usw.



EUROPEAN ROMA RIGHTS CENTRE

1386 Budapest 62, Postafiók 906/93, Ungarn
Tel: (36-1) 413-2200; Fax: (36-1) 413-2201
E-Mail: office@errc.org
<http://errc.org>

Was ist das Europäische Zentrum für die Rechte der Roma?

Das Europäische Zentrum für die Rechte der Roma (ERRC) ist eine internationale gemeinnützige Rechtsorganisation, die mit zahlreichen Aktivitäten gegen romafeindlichen Rassismus und Menschenrechtsverletzungen an Angehörigen der Roma-Minderheit vorgeht. Das ERRC engagiert sich vor allem bei strategischen Rechtsstreitigkeiten, führt internationale Beratungen durch, unterstützt die Forschung und Ausarbeitung von Strategien und fördert die Ausbildung von Roma-Aktivisten in Sachen Menschenrechte. Seit seiner Gründung im Jahr 1996 hat sich das Zentrum bemüht, den Roma die erforderlichen Instrumente an die Hand zu geben, damit sie gegen Diskriminierungen ankämpfen und gleichberechtigten Zugang zu staatlicher Verwaltung, Bildung, Beschäftigung, Gesundheitsfürsorge, Wohnungswesen und öffentlichen Diensten erlangen können. Das ERRC setzt sich für die Überwindung von Vorurteilen gegenüber den Roma und die Beseitigung ihrer Diskriminierung sowie für die Förderung einer wirklichen Gleichbehandlung und gleichberechtigten Achtung ein. Seit 1996 hat das Zentrum unter anderem Folgendes erreicht:

- Es hat die Öffentlichkeit verstärkt auf die Menschenrechtslage der Roma in Europa hingewiesen und diese zu einem vordringlichen öffentlichen Anliegen und zur obersten Priorität auf der europäischen Menschenrechtsagenda gemacht.
- Es hat die systematischen Menschenrechtsverletzungen an Roma in zahlreichen Ländern –sowohl ehemalige kommunistische Länder als auch EU-Mitgliedstaaten – aufgedeckt und verurteilt.
- Es hat den effektiven Zugang der Roma zu den Gerichten und den Regress bei Menschenrechtsverletzungen vorangebracht.
- Es hat durch Prozesse und juristische Fortbildungen zum Thema Roma-Rechte zur Weiterentwicklung des Public Interest Law in der Region beigetragen.
- Es hat das bedeutendste Strategiepapier der EU zum Thema Roma verfasst, und zwar den im Oktober 2004 von der Generaldirektion Beschäftigung und Soziales der Europäischen Kommission veröffentlichten Bericht „Die Situation der Roma in der erweiterten Europäischen Union“.
- Es hat die Menschenrechtsaspekte der EU-Erweiterung beeinflusst, indem es die Einhaltung der so genannten Kopenhagener Kriterien seitens der Beitrittskandidaten regelmäßig überwacht und dafür gesorgt hat, dass die Lage der Roma sowohl von den EU-Mitgliedstaaten als auch von den Kandidatenländern vorrangig behandelt wird.
- Es ist zu einem der führenden Verfechter der Umsetzung von Antidiskriminierungsvorschriften in Europa geworden, und zwar durch seine Beteiligung an den Bemühungen um die Förderung aktueller bahnbrechender Instrumente, darunter der Richtlinie zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse und des Protokolls Nr. 12 zur EMRK.

- Es hat im Vorfeld der Weltkonferenz gegen Rassismus (Durban, Südafrika, September 2001) dafür gesorgt, dass die Diskriminierung der Roma aus Gründen der Rasse erkannt und ihre Bekämpfung zu den obersten Prioritäten in Europa gemacht wird.
- Es hat erheblich zur ersten thematischen Sitzung des UN-Ausschusses für die Beseitigung der Rassendiskriminierung (August 2000, Genf) beigetragen, bei der es ausschließlich um die Diskriminierung der Roma ging.

Das ERRC hat Beraterstatus beim Europarat und beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen.

2007 wurde das ERRC mit dem vom Hohen Kommissar für nationale Minderheiten und vom niederländischen Außenministerium vergebenen Max-van-der-Stoel-Preis ausgezeichnet. In Anerkennung seines Beitrags „zum Erhalt und zur Förderung der Demokratie und zur Erhöhung der Wachsamkeit gegenüber allen Formen von Diktatur, Diskriminierung und Rassismus“ erhielt es 2001 den Geuzenpenning-Preis (die Geuzen-Medaille) Ihrer Königlichen Hoheit Prinzessin Margriet der Niederlande.

CM\740674DE

PE 412.082v02.00

Sacharow-Preis 2008 an China

Hu Jia

Im Namen der unterdrückten Stimmen in China und Tibet



Hu Jia und seine Ehefrau Zeng Jinyan wurden bereits im letzten Jahr für den Sacharow-Preis nominiert und gehörten zu den drei letzten Kandidaten der Endrunde. Hu Jia wurde daraufhin verhaftet und befindet sich zurzeit noch immer im Gefängnis.

Hu Jia ist ein prominenter Menschenrechtsaktivist, der sich mit den unterschiedlichsten Themen wie beispielsweise Bürgerrechte, Umweltschutz und AIDS-Aufklärung befasst.

Er wurde verhaftet, kurz nachdem er per Telefonkonferenz am 26. November 2007 vom Unterausschuss Menschenrechte des Europäischen Parlaments angehört worden war. In seiner Erklärung äußerte er damals den Wunsch, dass 2008 das „Jahr der Menschenrechte in China“ sein möge. Außerdem wies er darauf hin, dass das chinesische Sicherheitsministerium eine Menschenrechtskatastrophe heraufbeschwöre, da eine Million Menschen aufgrund ihres Kampfes für die Menschenrechte verfolgt und viele von ihnen in Gefängnissen, Lagern oder psychiatrischen Einrichtungen festgehalten würden. Außerdem stellte er fest: „Ironischerweise ist einer der verantwortlichen Organisatoren der Olympischen Spiele auch gleichzeitig der Leiter des Amts für Staatssicherheit in Peking, auf dessen Konto so viele Menschenrechtsverletzungen gehen. Die Versprechungen Chinas werden im Vorfeld der Spiele nicht eingehalten.“

Die direkte Konsequenz seiner Ansprache an die Mitglieder des Europäischen Parlaments war seine Verhaftung. Man warf ihm „Anstiftung zur Untergrabung der Staatsgewalt“ vor und verurteilte ihn am 3. April 2008 zu dreieinhalb Jahren Gefängnis, wobei ihm ein Jahr lang seine politischen Rechte verweigert werden. Er wurde für schuldig befunden, im Vorfeld der Olympischen Spiele Artikel über die Menschenrechtslage geschrieben zu haben.

Hu Jia hat wiederholt eine offizielle Untersuchung des Massakers vom Tiananmen-Platz im

Jahr 1989 und eine Entschädigung der Opfer und ihrer Familien gefordert. Darüber hinaus ist er einer der Koordinatoren der „barfüßigen Rechtsanwälte“, einer informellen Gruppe von Rechtsberatern, die unter anderem Menschenrechtsaktivisten in China verteidigen.

Am 8. August 2008 unterzeichneten Hu Jia und 42 weitere chinesische Intellektuelle einen offenen Brief mit dem Titel „Eine Welt, ein Traum: universelle Menschenrechte“, in dem eine stärkere Beachtung der Menschenrechte in China gefordert wurde. Am 6. September 2007 veröffentlichte er gemeinsam mit seinem Anwalt Teng Biao einen weiteren offenen Brief – „Das wirkliche China und die Olympiade“ –, in dem sie die Menschenrechtslage im Vorfeld der Olympischen Spiele schilderten.

Siebenundfünfzig chinesische Aktivisten und Autoren unterzeichneten am 6. Januar 2007 einen offenen Brief, in dem sie die sofortige Freilassung von Hu Jia forderten und von der Polizei verlangten, dafür Sorge zu tragen, dass sich sein Gesundheitszustand – er leidet an einer Lebererkrankung – während der Haft nicht verschlechtert.

Am 7. August 2008 wurde seine Ehefrau Zeng Jinyan nach Tianjin gebracht, damit sie ihn im Gefängnis besuchen kann, und erst am 23. August wieder nach Peking zurückgebracht. Kurz darauf berichtete sie, dass die Gefängnismethoden nach Aussage ihres Ehemanns gegen die Würde und Menschenrechte der Häftlinge verstoßen. Hu Jia habe seine Missbilligung nicht nur dem Gefängnispersonal kundgetan, sondern seine Meinung auch bei anderen Häftlingen verbreitet, was das Personal in Schwierigkeiten gebracht habe.

Hu Jia ist zu einem Symbol für die Menschenrechtsprobleme Chinas sowie für den Widerstand gegen die Autorität Pekings geworden. Er steht für alle unterdrückten Bürger Chinas und Tibets: Rechtsanwälte, Journalisten, Petenten, Menschenrechtsaktivisten, Autoren und Internetdissidenten.

Im Namen von:

Bu Dongwei; Chen Guangcheng; Dolma Kyab; Du Daobin; Gao Zhisheng; Gong Shenliang; Hada; Harry Wu and all the other Laogai prisoners; He Depu; Hu Shigen; Huang Jinqiu; Huang Qi; Jia Zhiguo; Jigme Gyatso; Jigme Tenzin Nyima; Kong Youping; Korash Huseyin; Kunkhyen; Li Chang; Li Ying; Liu Jie; Liu Zhihua; Lu Wenbin; Lu Gengsong; Lupoe Adak; Mao Hengfeng; Nurhahmat Yusup; Nurmuhemmet Yasin; Phurbu Rinpoche; Qi Zhiyong; Qin Yongmin; Runggye Adak; Shi Enxiang; Shi Tao; Shuang Shuying; Su Zhimin; Sun Xiaodi; Tao Haidong; Tashi Gyatso; Tenzin Delek; Tohti Tunyaz; Wang Ling; Wang Sen; Wu Lihong; Xu Zerong; Yang Chunlin; Yang Maodong; Yang Tongyan; Yang Zili; Yao Fuxin; Ye Guozhu; Zeng Jinyan; Zhang Lin; Zhang Rongliang; Zhang Shanguang; Chen Guangcheng; Guo Feixiong; Lu Gengsong;

sowie allen anderen Chinesen und Tibetern, die gegen die Repressalien seitens der Behörden gekämpft haben.

CM\740674DE

PE 412.082v02.00

Alexander Kosulin



Politischer Gefangener

In einem Land wie Belarus, in dem die Grundrechte vom autoritären Regime des Präsidenten Lukaschenko unterdrückt werden, hat Alexander Kosulin große Courage bewiesen, indem er gegen das Regime Widerstand leistete und für die Gedanken- und Meinungsfreiheit und grundlegende Bürgerrechte kämpfte. Während des Präsidentschaftswahlkampfes im Jahr 2006 wurde er mehrfach zusammengeschlagen, verhaftet und letzten Endes zu fünfeinhalb Jahren Gefängnis verurteilt¹.

Kosulin hat im Gefängnis eine hohe Moral und Ethik bewiesen, und zwar durch:

- einen Hungerstreik aus Protest gegen Alexander Lukaschenkos Machtanspruch sowie zur Bekräftigung der Forderung, dass der UN-Sicherheitsrat sich mit dem Problem seines Landes befassen soll;
- die Ablehnung von Lukaschenkos Angebot, mit seiner Familie nach Deutschland zu fliehen, indem er den Rat des deutschen Botschafters (Herrn Weiss) ausschlug, ein Gnadengesuch an Lukaschenko zu richten. Indem es die Gesundheit der geliebten Ehefrau von Kosulin als Vorwand nutzte, hat das Regime bewiesen, dass auf dieser Welt alles verkauft und gekauft werden kann. Doch Kosulin und seine Familie sind nicht so tief gesunken. Kosulin lehnte das Angebot ab und setzte seinen Protest entschlossen fort.

Kosulin wurde von Amnesty International (AI) offiziell als politischer Gefangener anerkannt. Als einziger Gefangener dieser Art in Europa ist er zweifelsohne der richtige Kandidat für den Sacharow-Preis.

¹ Mehrere Wochen vor der Wahl – am 2. März 2006 – wurde Kosulin geschlagen und von der Polizei verhaftet, nachdem er versucht hatte, in die Gesamtbelarussische Volksversammlung zu gelangen. Gemäß Artikel 339 Absatz 2 des belarussischen Strafgesetzbuchs wurde er des „Rowdytums und der Aufwiegelung“ der Masse bezichtigt. Am 25. März war er bei einer Auseinandersetzung zwischen Demonstranten und Polizei zugegen. Er ging mit Blumen in der Hand auf den befehlshabenden Beamten zu, woraufhin die Polizei ihn zu Fall brachte, schlug und anschließend verhaftete. In einem Interview nach der Wahl äußerte er sich trotz des Sieges von Lukaschenko folgendermaßen: **„Wir haben keine Angst vor Panzern und Gewalt, wir haben Angst vor Gefängnissen und Freiheitsberaubung. Wir haben es satt, in einem geistigen Gefängnis zu leben.“** Daraufhin wurde er am 13. Juli 2006 zu fünfeinhalb Jahren Gefängnis verurteilt.

Bevor er bei den Präsidentschaftswahlen gegen den belarussischen Diktator antrat, hatte Kosulin sich für die Verbesserung des öffentlichen Lebens in seinem Heimatland eingesetzt. Er hat auch erheblich zum Niveau der Hochschulbildung in Belarus beigetragen:

- Seit 1998 arbeitete er im Bereich Bildung im belarussischen Bildungsministerium.
- Er war Bildungsminister und Leiter der belarussischen Akademie der Wissenschaften.
- Er war Rektor der Belarussischen Staatlichen Universität und leitete den Aufbau des mehrstufigen Hochschulsystems nach europäischen Standards.

Darüber hinaus ist er eine äußerst begabte politische Führungskraft und hat zahlreiche Bürgerinitiativen koordiniert. Im April 2005 wurde er zum Vorsitzenden der Belarussischen Sozialdemokratischen Partei „Gramada“ gewählt. Später war er Begründer und Koordinator der Bürgerinitiative zu Schaffung einer gesamtbelarussischen Bewegung namens „Der Wille des Volkes“.

Kosulins Taten, seine Verluste und Opfer haben sein unerschütterliches Engagement im Kampf um die Freiheit bewiesen, ganz gleich wie schwierig dieser Kampf auch sein mag. Sein gewaltiges persönliches Opfer, das er gebracht hat, damit die am stärksten unterdrückte europäische Nation wieder in Demokratie und Freiheit leben kann, sollte gewürdigt und entsprechend anerkannt werden. Daher würde der Sacharow-Preis des Europäischen Parlaments für geistige Freiheit eine wichtige Anerkennung darstellen, die Herr Kosulin und das gesamte nach Freiheit und Demokratie strebende belarussische Volk ohne Zweifel verdienen.

BIOGRAPHIE VON MALU MALU



Geboren 1962 in Muhangi (Region Lubero) promovierte **Abbé Apollinaire Muholongu MALU MALU** an der Staatlichen Universität Grenoble II (Frankreich) in Politikwissenschaft und erlangte später in Lyon noch einen Master in Menschenrechten mit den Spezialgebieten Philosophie und Theologie.

1986 wurde er zum katholischen Priester geweiht und schloss sich der Bewegung für die Entwicklung der Provinz Nordkivu an, bei der er einschlägige Kenntnisse erwarb. Er gründete und leitete das *Centre de formation et d'animation pour un développement solidaire* (CEFADES) und das *Consortium Agriculture urbaine de Butembo* (CAUB).

Im Jahr 2000 wurde er zum Rektor der Graben Catholic University (U.C.B) in Butembo (Nordkivu) ernannt, an der er auch Präsident des Verwaltungsrats des Zentrums für angewandtes Recht (C.E.J.A.) wurde.

Neben seiner wissenschaftlichen und akademischen Tätigkeit wurde Malu Malu für die Friedensgespräche der Demokratischen Republik Kongo in Südafrika zum Vertreter der Zivilgesellschaft seiner Provinz bei der Unabhängigen Wahlkommission (UWK) bestimmt. Aufgrund der Rolle, die er bei diesen Verhandlungen spielte, wurde er im Jahr 2003 zum Vorsitzenden der UWK befördert. Somit war er für die Organisation sämtlicher Wahlen zuständig, die im Rahmen des demokratischen Übergangsprozesses der DRK durchgeführt wurden. Aufgabe der UWK war es, die ersten Mehrparteienwahlen nach 45 Jahren, die zugleich die größten je von der internationalen Gemeinschaft unterstützten Wahlen waren, zu überwachen. Die Organisation der Wahlen wie auch das Auftreten und die Sachkenntnis von Malu Malu wurden von allen Wahlbeobachtern gelobt.

Im Januar 2008 wurde Abbé Malu Malu Muholongu Präsident des Organisationskomitees der neuntägigen Konferenz von Goma, bei der es um Frieden, Sicherheit und Entwicklung der Provinzen Nord- und Südkivu ging. An dieser Friedenskonferenz nahmen insgesamt über 1500 Personen aus allen gesellschaftlichen Schichten und Berufsgruppen teil. Diskutiert wurden schwierige Themen wie die Konflikte zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen, die Rückkehr der Flüchtlinge und die Gewalt gegen Frauen. Die Konferenz war insofern ein historisch bedeutender Moment, als die humanitäre Krise in Kivu beurteilt wurde.

Am 23. Januar wurde eine Vereinbarung zwischen der kongolesischen Regierung und mehr als 20 verschiedenen Rebellengruppen unterzeichnet, darunter auch der abtrünnige General und Priester Laurent Nkunda und die Mai-Mai. Die Vereinbarung von Goma, an der Malu Malu maßgeblich beteiligt war, hat eine neue und entscheidende Phase für die Wiederherstellung dauerhaften Friedens und anhaltender Stabilität im Osten der Demokratischen Republik Kongo

eingeleitet. Im Anschluss an die Vereinbarung stellte die kongolesische Regierung das Programm Amani („Frieden“) für Ostkongo auf und bestimmte Abbé Malu Malu zum Vorkämpfer der Friedensbemühungen. Außerdem sollte er für die Umsetzung der Beschlüsse der Konferenz von Goma sorgen.

Derzeit arbeitet Malu Malu auch an der Umwandlung der UWK in eine neue ständige Einrichtung, die Unabhängige Nationale Wahlkommission, die in der Lage sein wird, die lokalen, städtischen und Gemeindewahlen im Jahr 2008 zu organisieren, die die letzte Phase der Schaffung demokratischer Strukturen in der DRK darstellen.

Abbé Malu Malu sollte dafür geehrt werden, dass er sich während der Konferenz von Goma für den Sieg des Dialogs über die Gewalt eingesetzt hat, und dass er seine Weisheit und seine Erfahrungen während seiner gesamten beruflichen Laufbahn der Verwirklichung dieser Grundsätze gewidmet hat. Er wird ganz sicher als einer der wichtigsten Protagonisten des demokratischen Übergangsprozesses der DRK im Gedächtnis bleiben.

Am 20. März 2008 würdigte die Universität Lüttich seine Leistungen, indem sie ihm für seinen Beitrag zur Durchführung demokratischer und transparenter Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo die Ehrendoktorwürde verlieh.

CM\740674DE

PE 412.082v02.00

MICHAIL IWANOWITSCH TREPASCHKIN

Nominiert von Gerard Batten im Namen der Fraktion Unabhängigkeit und Demokratie



Michail Iwanowitsch Trepaschkin, geboren 1957, ist einer der prominentesten Dissidenten, Menschenrechtsaktivisten und – bis vor Kurzem – politischen Gefangenen in Russland.

In den Jahren 1979 bis 1997 deckte Trepaschkin als FSB(KGB)-Detektiv eine Reihe von Fällen auf, bei denen es um die Verwicklung seiner Geheimdienstkollegen in Korruption, organisiertes Verbrechen und terroristische Aktivitäten ging. Trotz des Drucks seiner Vorgesetzten weigerte sich Trepaschkin, die Angelegenheiten zu vertuschen. Daraufhin wurde er zum Opfer innerhalb des FSB und letzten Endes auf unfaire Weise entlassen. Da ihm innerhalb des FSB keine Gerechtigkeit zuteil wurde, ging er an die Öffentlichkeit. Er verklagte seine Vorgesetzten und erstattete den Medien über die Korruptionsfälle und kriminellen Machenschaften innerhalb des FSB Bericht.

Daraufhin versuchte der FSB, Trepaschkin aufgrund falscher Beschuldigungen anzuklagen, was ihm jedoch nicht gelang, weil die russische Justiz damals noch eine gewisse Unabhängigkeit besaß. Es wurde auch mehrmals versucht, ihn umzubringen. Einer der FSB-Beamten, der Trepaschkin ermorden sollte, war Alexander Litwinenko, der diesen Befehl bekanntlich nicht befolgte. Stattdessen organisierten Trepaschkin, Litwinenko und weitere FSB-Beamte die berühmte Pressekonferenz im November 1998, in denen sie ihren Vorgesetzten Mordkomplotte und Korruption vorwarfen.

Nach seiner Entlassung aus dem FSB arbeitete Trepaschkin als Rechtsanwalt. Er vertrat vor allem die Morosow-Schwester, zwei Überlebende der Terroranschläge auf ein Moskauer Wohnhaus von 1999, in dem daran anschließenden Gerichtsverfahren. Außerdem beriet er die von den Duma-Abgeordneten Sergej Kowaljow und Sergej Juschenkow geleitete öffentliche Kommission, die diese Explosionen in den Wohnhäusern unabhängig untersuchen ließ. Die von Trepaschkin gelieferten Beweise deuteten ganz klar auf eine Beteiligung des FSB an diesen Verbrechen hin.

2003 wurde Trepaschkin drei Tage vor dem Gerichtsverfahren, bei dem er seine Beweise vorlegen wollte, unter fingierten Vorwürfen verhaftet (es wurde eine Pistole in sein Auto eingeschleust, bei der es sich bekanntermaßen um eine FSB-Waffe handelte). Er hatte seine Beweise jedoch am Tag zuvor bereits der Presse offenbart. Vom Vorwurf des illegalen Waffenbesitzes wurde er freigesprochen, jedoch aufgrund anderer fingierter Behauptungen – Verrat von Staatsgeheimnissen – zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Daraufhin erkannte Amnesty International ihn sofort als politischen Gefangenen an.

Trepaschkin leistete seine Haftstrafe unter brutalsten Umständen ab. Er durfte sein Asthma nicht behandeln lassen und wurde immer wieder misshandelt und gefoltert. Seine Menschenrechtsaktivitäten setzte er im Gefängnis fort, indem er andere Gefangene juristisch beriet und gegen die vorschriftswidrigen harten Haftbedingungen protestierte (durch Hungerstreiks, schriftliche Beschwerden usw.). 2007 gab er bekanntlich in einem Schreiben aus einem Gefangenenlager preis, wie die FSB-Beamten an ihn herantreten waren, die ihm als Gegenleistung für die Unterstützung bei der Ermordung Alexander Litwinenkos Schutz vor Strafverfolgung anboten.

Nachdem eine internationale öffentliche Kampagne zugunsten Trepaschkins durchgeführt worden war, wurde er im November 2007 aus der Haft entlassen. Seitdem setzt er sich für Menschenrechte und Demokratie in Russland ein.

Herr Trepaschkin hat bei seinen Bemühungen um die Offenlegung der FSB-Verbrechen großen Mut und starke Entschlossenheit gezeigt. Wir nominieren ihn aufgrund seines Engagements für die Verteidigung der Menschenrechte und Grundfreiheiten und vor allem für das Recht auf freie Meinungsäußerung gemäß Artikel 2 der Satzung für den Sacharow-Preis.

NOMINIERUNG FÜR DEN SACHAROW-PREIS 2008

Morgan Tsvangirai



Vorsitzender der Bewegung für demokratischen Wandel (MDC) in Simbabwe

Seit vielen Jahren kämpft Morgan Tsvangirai für Demokratie, Redefreiheit und Rechtsstaatlichkeit in Simbabwe. Unter enormem persönlichem Risiko leitet er die größte Oppositionspartei und hat couragiert eine Reihe von Mordanschlägen und politisch motivierten Verhaftungen durchgestanden. 2007 wurde er inhaftiert, gefoltert und brutal geschlagen, was weltweit für Entrüstung sorgte. Er weigerte sich jedoch, seinen Platz in der ersten Reihe derer zu räumen, die sich gegen die politische Unterdrückung und Korruption des Mugabe-Regimes auflehnen. In den letzten acht Jahren hat sich das Europäische Parlament mit nicht weniger als sechzehn Entschlüssen, in denen eine Beendigung der untragbaren Lage im Land gefordert wurde, für die Demokratie in Simbabwe stark gemacht.

Herr Tsvangirai ist der Sohn eines Maurers und arbeitete zunächst in einer Textilfabrik in Mutuare. 1978 heiratete er seine Frau Susan, mit der er sechs Kinder hat.

Seine ersten politischen Erfahrungen sammelte er in der Gewerkschaftsbewegung und 1994 wurde er Generalsekretär des Southern Africa Trade Union Coordinating Council.

1997 übernahm er das Amt des Präsidenten der Verfassungsgebenden Versammlung Simbabwe, wobei er die Gewalt des Mugabe-Regimes verurteilte und zu einem starken Verfechter der demokratischen Grundsätze und Menschenrechte wurde. 1999 gründete er die Bewegung für demokratischen Wandel (MDC), die sich auf eine breite Basis stützt, wurde im Februar 2002 zu ihrem Vorsitzenden gewählt und setzt sich mit Nachdruck für die Redefreiheit und die Menschenrechte ein. Bei den Präsidentschaftswahlen in den Jahren 2002 und 2008 kandidierte Tsvangirai für die MDC – beide Male wurde Mugabe auf betrügerische Weise wiedergewählt.

Morgan Tsvangirai steht für Chancengleichheit und Gleichbehandlung aller Menschen in Simbabwe. Er möchte eine wirklich partizipative Demokratie mit einer verantwortungsbewussten und transparenten Regierung aufbauen und eine geeinte, demokratische Gesellschaft begründen, die sich nicht von rassistischen oder sexistischen Ansichten leiten lässt. Er ist davon überzeugt, dass es ein Programm für eine Landreform geben muss, welches jedoch systematisch und human durchgeführt werden muss und nicht zur Destabilisierung der Wirtschaft führen darf. Er fordert eine Beibehaltung des internationalen Drucks auf das Mugabe-Regime, da Simbabwe immer tiefer in eine politische, wirtschaftliche und humanitäre Katastrophe hineingerät.

CM\740674DE

PE 412.082v02.00